

Die unheimlichen Therapeuten

«Das Schweizer Gesundheitssystem ist akut krank. Es gehört intensivmedizinisch betreut.» Das meint Dr. Gerhard Pfister, Präsident der CVP. Eine mutige Diagnose. Aber die CVP beruhigt (sinngemäss): Wir kennen die richtige Therapie, die Heilung bringt.

Wie beruhigend: gute Ärzte zu haben, die sich bei der Diagnose und Klärung einer Gesundheitsstörung ebenso gut auskennen wie bei deren Behandlung. Doch leider: Der Präsident der helfenden Truppe ist kein «Dr. med.», sondern ein «Dr. phil.». Herr Pfister hat Germanistik und Philosophie studiert und ist Lehrer. Das ist ein ehrenwerter Beruf nach einem anspruchsvollen Studium, nur verspricht der Beruf nicht unbedingt Kompetenz in Fragen der Heilung und intensivmedizinischen Betreuung von Kranken. Aber Spass beiseite, es geht natürlich um eine politische Diagnose und eine politische Therapie, und da darf man auch als Dr. phil. beziehungsweise als politische Partei mitreden, selbst wenn man vom Wesen, das man da abklären und heilen will, nur Teile versteht. Nein, natürlich sind auch nicht nur Ärzte berechtigt, den Allgemeinzustand unseres Gesundheitswesens zu beurteilen, aber bei einer Therapie nicht auf die Ärzte zu hören, aber ihre Beschränkung gar als Teil der Therapie zu propagieren, verbessert die Aussichten auf eine korrekte Diagnose und eine erfolgreiche Behandlung nicht. Die CVP plant für den Herbst eine Volksinitiative für eine Kostenbremse im Gesundheitsbereich. Die Therapie (vorgeschlagener Initiativtext) tönt so: «Der Bund regelt (...) die Kostenübernahme der obligatorischen Krankenversicherung, so dass sich dank wirksamer Anreize die Kostensteigerung entsprechend der Gesamtwirtschaft und den durchschnittlichen Löhnen entwickelt. Er führt eine Kostenbremse ein.» Und weiter: «Liegt die Kostensteigerung der durchschnittlichen Kosten je versicherte Person und Jahr (...) zwei Jahre nach Annahme der Initiative mehr als ein Fünftel über der Entwicklung der Nominallöhne (...), so ergreift der Bund zusammen mit den Kantonen Massnahmen zur Kostensenkung für das nachfolgende Jahr.»



Das bedeutet: Die Kostenentwicklung hat sich den Löhnen anzupassen. Bei einer Steigerung der Nominallöhne um 0,7 Prozent wie beispielsweise 2016, dürfte das schwierig werden. Die Gesundheitskosten stiegen in diesem Zeitraum um 3,4 Prozent. Im Zeitraum 1996 bis 2016 stiegen die Gesundheitskosten um 255 Prozent!

Der Initiativtext beschreibt die dann einzuleitende Therapie ziemlich vage. Was man sich unter «Anreizen», «Kostenbremse» und vor allem unter «Massnahmen» vorzustellen hat, verraten die aggressiven Therapeuten nicht so genau. Dass die Therapie nach zwei Jahren einsetzen würde, ist aber klar, da Löhne und Prämien nun mal wenig miteinander zu tun haben und sich unvermeidlich weiter auseinander entwickeln werden. Man ahnt, dass mit «Massnahmen» in erster Linie die Abgabe und der Verkauf von angeblich zu vielen und zu teuren Medikamenten, letztlich aber generell das Angebot medizinischer Leistungen gemeint ist.

Am Ende steht – unter Garantie und wohl zur Freude des aktuellen SP-Bundesrats – ein Globalbudget. Denn in den Augen der CVP «wissen alle, was zur Kostensenkung im Gesundheitswesen zu tun ist, aber sie tun es nicht». Da muss man halt drohen. Da Drohungen allerdings weder die Demografie noch den technischen Fortschritt und auch nicht die Anspruchshaltung von Patienten und medizinischem Personal werden eindämmen können, wird man um die angedrohte Therapie nicht herum kommen. Und die heisst – ziemlich konkret: Weniger Geld für Ärzte und Spitäler bei gleichen Leistungen. Oder weniger (von den Kassen bezahlte) Leistung für die Patienten. Oder beides. Noch haben wir keine wirkliche Zwei-Klassenmedizin. Würde eine solche Initiative angenommen, würde sie definitiv Realität.

Richard Altorfer und Peter H. Müller